

# Der neue Tag

## Oberpfälzischer Kurier

Nummer 123

Dienstag, 31. Mai 1994

Einzelpreis 1,40 DM

### Revision unmöglich

Václav Havel zu den Benesch-Dekreten

Prag. (dpa) Der tschechische Staatspräsident Václav Havel hat eine Revision der sogenannten Benesch-Dekrete, auf deren Grundlage die in der Tschechoslowakei lebenden Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg ersatzlos vom Staat enteignet wurden, als unmöglich bezeichnet. Diese Erlasse hatten auch die Vertreibung von mehr als drei Millionen Sudetendeutschen aus dem Lande eingeleitet.

Wie die Prager Presse berichtete, sagte Havel aus Anlaß des 110. Geburtstages des ehemaligen CSR-Präsidenten Eduard Benesch (1884-1948), eine Änderung der Dekrete würde eine Revision der gesamten Nachkriegsverhältnisse in der Tschechischen Republik bedeuten. „Diese Erlasse waren ein Ausdruck der Zeit.“

Wie die Zeitungen ferner berichteten, ist der tschechische Außenminister Josef Zieleniec über die von der Sudetendeutschen Landsmannschaft erhobenen Forderungen nach einem Heimatrecht beunruhigt. Sie seien für seine Regierung unannehmbar. Das Pochen auf Heimatrecht beunruhige ihn mehr als Eigentumsforderungen, da das „Vermögen der Sudetendeutschen für uns ein abgeschlossenes Kapitel ist“, sagte Zieleniec.

### Hausfrau hat bis zu 75 Wochenstunden

Saarbrücken. (dpa) Die Arbeitsbelastung einer Hausfrau kann bis zu 75 Stunden in der Woche betragen. Dies hat das Landgericht Saarbrücken festgestellt. Die Richter hatten die Höhe von Ersatzleistungen nach einem Verkehrsunfall zu berechnen. Dabei war eine junge Frau mit ihrem sechs Wochen alten Baby so schwer verletzt worden, daß sie im Haushalt längere Zeit ausfiel.

Das Gericht verurteilte den Unfallverursacher dazu, der Familie 3500 Mark monatlich zu zahlen. Diese Summe müßte die Familie nach Ansicht der Richter an Hilfskräfte zahlen, die für die verletzte Mutter einspringen. Die Betreuung eines Dreipersonen-Haushaltes, die aufwendige Versorgung des verletzten Babys sowie die Gartenarbeit führe zu einer entsprechenden Belastung, stellte das Gericht fest. (Az.: 6 O 709/92)

### Westexperten in die Ukraine

Töpfer: Voraussetzung für Tschernobyl-Aus

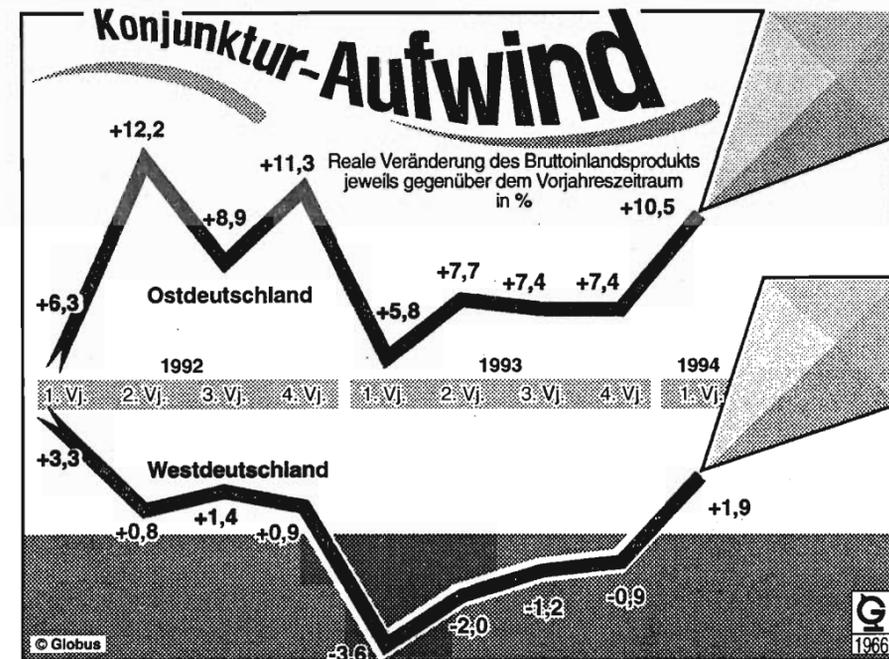
Bonn. (dpa) Die Bundesrepublik und Frankreich verstärken ihre Bemühungen, um in absehbarer Zeit mit Hilfe der führenden westlichen Industriestaaten (G 7) ein endgültiges Aus für den Katastrophenreaktor von Tschernobyl zu erreichen.

Dies unterstrich jetzt Umweltminister Klaus Töpfer (CDU). Atomexperten mit dem Chef der Abteilung Reaktorsicherheit seines Ministeriums, Walter Hohlefelder, reisten am selben Tag in die Ukraine, um entsprechende Schritte vorzubereiten. Töpfer betonte „die dringliche Notwendigkeit, Tschernobyl so schnell wie möglich vom Netz zu nehmen“.

### Der Papst sagt „endgültig und verbindlich“ nein zur Priesterweihe für Frauen: Kirche ohne Vollmacht

Vatikanstadt. (dpa) Papst Johannes Paul II. hat in einem Apostolischen Schreiben an alle Bischöfe die Möglichkeit der Priesterweihe für Frauen endgültig und verbindlich ausgeschlossen. In dem am Montag im Vatikan veröffentlichten Dokument „Ordinatio Sacerdotalis“ (Die Priesterweihe) erklärt der Papst kraft seines Amtes, daß „die Kirche keinerlei Vollmacht hat, Frauen die Priesterweihe zu spenden und daß sich alle Gläubigen der Kirche endgültig an diese Entscheidung zu halten haben.“

Damit bestätigt Johannes Paul die Position seiner Vorgänger, gibt dem Nein zur Frauenpriesterweihe aber erstmals einen endgültigen Charakter. Ziel des Schreibens ist es, die Diskussion über die Zulassung der Frauen zum Priesteramt, wie sie in der anglikanischen Kirche gebilligt wurde, zu beenden. Das Dokument sei verfaßt worden, „damit jeder Zweifel bezüglich der bedeutenden Ange-



Herzklappen-Skandal möglicherweise nur Spitze des Eisbergs

## Ärzte im Zwielficht

Kassen befürchten weitere Betrügereien im Medizinbereich

Bonn/Düsseldorf. (dpa) Die Korruptionsvorwürfe gegen deutsche Herzchirurgen im Zusammenhang mit überbeurten Herzklappen zeigen nach Befürchtungen der Krankenkassen möglicherweise nur die Spitze des Eisbergs. Es bestehe der Verdacht, daß Betrügereien auch bei anderen Implantaten und Medizinprodukten üblich sein könnten, geht aus einer Erklärung der Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen hervor.

Im Zuge der Korruptionsvorwürfe haben Ärzte am Montag eingeräumt, Spenden und Forschungsgelder von Herstellerfirmen erhalten zu haben. So sagte der Leiter des Operativen Zentrums des Hamburger Universitätskrankenhauses Eppendorf, Prof. Peter Kalmar, er habe innerhalb eines Jahres bis Mai 1994 Spenden von 80 000 Mark von Herstellerfirmen bekommen.

Unterdessen stellte sich Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer (CSU) vor die Ärzte. „Die ganze große Mehrheit“ der Ärzteschaft verhalte sich seiner Ansicht nach korrekt, betonte Seehofer. Einzelfälle seien seinem Ministerium bereits seit Frühjahr 1993 bekannt. Diese Informationen seien an die Justiz und die Krankenkassen weitergegeben worden. Die Öffentlichkeit sei nicht eingeschaltet worden, weil erst konkrete Belege vorliegen müßten.

Vilmar droht mit Verleumdungsklage

Der Präsident der Berliner Ärztekammer, Ellis Huber, geht davon aus, daß im Gesundheitswesen noch mehr Schmiergelder gezahlt werden. Der Geschäftsführer des Ersatzkassenverbandes VdAK, Eckart Fiedler, schätzt, daß der Schaden mit 1,2 Milliarden Mark rund zehn Prozent der jährlichen Gesamtausgaben ausmachen.

Der Präsident der Bundesärztekammer in Köln, Karsten Vilmar, drohte den Kassen mit einer Verleumdungsklage, wenn sie ihre Behauptungen nicht bald belegten. Die Bundesärztekammer forderte die Kassen auf, umgehend „Roß und Reiter“ zu nennen, und ließ durchblicken, die Krankenkassen verfolgten möglicherweise finanzpolitische Ziele.

Industrie weist Bestechungsvorwurf zurück

Dem Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie „ist kein Fall einer Absprache über überhöhte Angebote oder sonstige Betrugsversuche bekannt“, hieß es in Frankfurt. Auch einer der führenden Hersteller von Herzklappen, die Medtronic GmbH (Düsseldorf), wies Bestechungsvorwürfe energisch zurück.

Nach Angaben des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ sind durch Preisabsprachen und Rabattgewährungen zwischen Vertreibern von Herzklappen und Herzchirurgen deutlich überhöhte Preise in Rechnung gestellt worden. Der durchschnittliche Preis einer Herzklappe von 6 300 Mark könnte um mindestens 3 000 Mark gesenkt werden, wenn „Nebengeschäfte“ der beteiligten Ärzte und Firmen unterblieben. Bei rund 15 000 implantierten Herzklappen jährlich könnten so etwa 45 Millionen Mark gespart werden.

## Honeckers Urne doch nach Deutschland?

Freunde des Ex-Staatschefs trauern in Santiago – Memoiren erscheinen im Juni

Santiago/Berlin. (dpa) Einen Tag nach dem Tod des früheren Staats- und Parteichefs der DDR, Erich Honecker, sind im chilenischen Santiago Freunde und Verwandte zu einer privaten Trauerfeier zusammengekommen. Am späten Montagabend deutscher Zeit wurde die Leiche des 81jährigen eingäschert.

Zunehmend mehrten sich Anzeichen, daß seine Urne in Deutschland begraben wird. Überraschend wurde in Berlin bekannt, daß Honeckers Memoiren noch im Juni erscheinen sollen. Das Manuskript belegt, daß der Kommunist auch in seinen letzten Stunden nicht von seiner Überzeugung abgerückt ist.

Wenige Stunden nach Honeckers Tod, der einer langjährigen Leberkreberkrankung erlag, war seine Leiche am Sonntag in einem grauen Sarg in eine der Kapellen des Friedhofs von Santiago übergeführt worden. In schwarzem Anzug, weißem Hemd und rot-schwarzem Schlips lag der Leichnam im offenen Sarg. Margot Honecker, die dritte Ehefrau, und ihre gemeinsame Tochter Sonja hielten mit engen Freunden To-

Industrie faßt langsam wieder Tritt:

## „Aufwärts, aber ohne Euphorie“

Necker (BDI): Stimmung gut, Strukturwandel geht weiter

Bonn. (dpa) Die deutsche Industrie kommt nach Ansicht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) langsam wieder in Fahrt. „Wir sollten uns aber nicht gelassen wieder zurücklehnen“, sagte BDI-Präsident Tyll Necker einen Tag vor der BDI-Jahrestagung.

Die Stimmung habe sich durch moderate Tarifabschlüsse wesentlich gebessert, die Produktion sei aber immer noch zehn Prozent niedriger als im Boomjahr 1991.

„Wir freuen uns, daß die Auslandsaufträge spürbar gestiegen sind“, sagte Necker. „Einer überschwenglichen Euphorie können wir in der Industrie aber noch nicht das Wort reden.“ Der Strukturwandel werde weitergehen. „Darauf müssen alle Menschen in unserem Land rechtzeitig vorbereitet werden.“ Es gelte, „rentable Arbeitsplätze für alle“ zu schaffen, statt die Arbeit umzuverteilen.

Die deutsche Wirtschaft wird sich nach den Worten Neckers jetzt „langsam und stetig positiv entwickeln, aber ohne Schwung“. Die Lage der Industrie dürfe nicht zu optimistisch betrachtet werden. Die Schwäche der Wirtschaft liege klar in der Inlandsnachfrage nach Investitionen.

(Dazu nebenan eine Grafik zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts)

### Noch nie so viele Straftaten verübt wie 1993

Bonn. (dpa) In Deutschland wurden im vergangenen Jahr so viele Straftaten verübt wie noch nie zuvor. Mit mehr als 6,7 Millionen Delikten stieg die Kriminalitätsrate im Vergleich zu 1992 um 7,1 Prozent. Dies erklärte Innenminister Manfred Kanther (CDU) am Montag in Bonn bei der Vorlage der polizeilichen Kriminalstatistik für 1993.

Die statistischen Erhebungen geben nach Meinung des Ministers nicht nur Anlaß zur Sorge, sondern sind auch eine Herausforderung für Staat und Gesellschaft im Bereich der inneren Sicherheit. Besorgniserregend sei vor allem der Anstieg der Massen- und Alltagskriminalität, sagte Kanther. Mit einem Anteil von 61,5 Prozent dominierten im vergangenen Jahr die Diebstahlsdelikte. Mit 43,8 Prozent ist deutlich weniger als die Hälfte aller Straftaten aufgeklärt worden.

tenwache, unter ihnen der frühere chilenische Botschafter in Moskau. Nach der Einäscherung sollte die Urne in das Haus der Familie im Stadtteil La Reina gebracht werden.

Wo Honecker seine letzte Ruhe finden wird, blieb noch ungewiß. In der Familie besteht nach Angaben von Honeckers Berliner Anwalt, Nicolas Becker, „die Tendenz“, die Urne in Deutschland beisetzen zu lassen. Die Bundesregierung hat dagegen keine Einwände, wie Regierungssprecher Dieter Vogel der dpa in Bonn berichtete. Allerdings wird eine Beisetzung im Familiengrab Honeckers im saarländischen Neunkirchen-Wiebelskirchen vermutlich nicht möglich sein. Ein dahingehender Antrag müßte abgelehnt werden, falls er denn gestellt würde, sagte eine Sprecherin der Stadt. Ende April sei die Belegungsfrist nach 25 Jahren abgelaufen.

Das Bundessozialgericht in Kassel wird sich allerdings weiter mit Honecker beschäftigen müssen: Das Verfahren um seine Rente laufe auch nach seinem Tod weiter, so ein Richter des zuständigen vierten Senats.